

Rede

der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Dr. Ursula von der Leyen

**zum Antrag des Bundesvorstands:
„Klein und einzigartig – auf den Anfang kommt es an!
Bildungschancen fördern, Erziehung stärken.“**

Auszug aus dem Stenografischen Protokoll
Dresden, 28. November 2006
20. Parteitag der CDU Deutschlands

Dr. Ursula von der Leyen: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Januar hat der Bundesvorstand eine Kommission mit dem Titel „Klein und einzigartig – auf den Anfang kommt es an“ eingesetzt, die ich gemeinsam mit dem sachsen-anhaltinischen Kultusminister Professor Olbertz leiten durfte. Wir haben den Auftrag gehabt, Antworten auf die uns heute bedrückenden Fragen zu geben, auf die Frage nach Bildungsarbeit, die Frage nach der Integrationsverweigerung – was sind die Ursachen, die Wurzeln dieser Integrationsverweigerung? –, auf die Frage, ob wir eine abnehmende Erziehungsfähigkeit haben und auch auf die Frage, warum es in Deutschland eine so starke Abhängigkeit zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft gibt. Welche Rahmenbedingungen können wir schaffen, damit alle Kinder von Anfang an ihre Potenziale entfalten können? Wie können wir erreichen, dass die Kinder ihre Potenziale, die von Anfang an da sind – das sind Neugierde und Wissbegierde, Offenheit und Vertrauen –, behalten und entfalten können?

Wir müssen natürlich auch fragen, warum manche Kinder so früh scheitern, verschlossen und abwehrend sind und Lernen fast als Bedrohung empfinden. Wenn wir Chancengerechtigkeit ernst nehmen, darf weder die familiäre noch die soziale Herkunft über die Zukunft von Kindern entscheiden.

(Beifall)

Die Startchancen für Kinder müssen so entwickelt sein, dass jedes Kind seine Fähigkeiten in der Gesellschaft und natürlich auch in einer ganz veränderten Welt entfalten kann. Das heißt – das ist die Quintessenz dieses Antrages –, wir müssen mehr auf die Anfangsphase im Leben der Kinder schauen.

Das erste Lebensjahrzehnt als geschlossenes, ganzheitliches Jahrzehnt ist entscheidend für die kindlichen Bildungschancen. Die Kinder haben auch ein Recht darauf, dass sie die frühen Jahre für Bildung nutzen können.

Ein Weiteres kommt hinzu. Was wir am Lebensanfang eines Kindes investieren, wirkt sich in 20 bis 30 Jahren entscheidend aus. Dann sind wir mitten in der schwierigsten Phase unseres Landes, weil wir dann nämlich im Durchschnitt die älteste

Bevölkerung der Welt haben werden. Die Kinder, die jetzt noch klein sind, sind dann Mitte 30 und befinden sich – hoffentlich – in der Mitte eines schaffensreichen Lebens. Das heißt, wir stellen heute die Weichen für frühe Bildung und für Erziehung. Dadurch wird unmittelbar beeinflusst, wie die wirtschaftliche Leistung unseres Landes in 30 Jahren sein wird. Aber nicht nur das. Dadurch wird auch unmittelbar beeinflusst, wie die inneren Ressourcen der Kinder und der dann Erwachsenen sind, das heißt, wie ihre Verantwortungsbereitschaft und Verantwortungsfähigkeit für unser Land dann sind.

Es war uns in der Kommission wichtig, deutlich zu machen, dass frühe Bildung und Erziehung im Elternhaus beginnen.

(Beifall)

Deshalb haben wir in der Präambel des Antrages ganz bewusst den Mut zur Erziehung in den Mittelpunkt gestellt. An dieser Stelle wollten wir in dem Antrag zunächst einmal eine Lanze für die Familie brechen. Familie ist besser als ihr Ruf.

(Beifall)

Wenn wir uns die Umfragen anschauen, sehen wir, dass die Zufriedenheit der Menschen mit der eigenen Familie höher ist als je zuvor. Wenn wir uns die Shell-Jugendstudie anschauen, so finden wir darin eindrucksvoll bestätigt, dass Jugendliche Familie wollen. Drei von vier Jugendlichen sagen: Für ein wirklich glückliches Leben braucht es Familie und Kinder. Familie wird als das sichere soziale Netz in einer Welt voller Turbulenzen wahrgenommen. Mit anderen Worten: Es gibt definitiv keine Abkehr von Familie. Liebe Freunde, ich bin der Meinung, dass schon viel gewonnen wäre, wenn wir nicht immer nur darüber reden, was mit Kindern alles nicht geht, sondern mehr darüber reden, was mit Kindern geht.

(Beifall)

Wir müssen uns deshalb die Frage stellen, was wir als Gesellschaft tun können, damit wieder mehr junge Menschen Mut zu Kindern und zu einer Familie haben. Ich

will damit nicht den Eindruck erwecken, alles sei gut. Es hat sich viel verändert. Ich erwähne hier das Thema der Rollenmuster, die Geschwindigkeit des Alltags und im Berufsleben, die Auswirkungen von Scheidungen und von Arbeitslosigkeit, den schwindenden sozialen Zusammenhalt zwischen den Generationen oder auch die Bildschirme als heimliche Miterzieher der Kinder.

Wenn man sich einmal anschaut, in welchem Umfeld Familien heute erziehen, dann erkennt man: Familien brauchen ganz viel Kraft, um ihrer Aufgabe Herr zu werden. Dafür brauchen sie die Stütze der Gesellschaft. Sie brauchen Einkommen, sie brauchen verlässliche Zeit füreinander und sie brauchen dringend familienunterstützende Netze im Alltag; sie brauchen diesen harmonischen Dreiklang. Deshalb fordert dieser Antrag eine finanzielle Förderung, die Gerechtigkeit zwischen Familien und Kinderlosen herstellt; das muss ganz an den Anfang, vor die Klammer. Diese Förderung muss transparent sein, sie muss überschaubar sein. Denn wenn wir einmal hinschauen, können wir feststellen: Wir investieren im internationalen Vergleich relativ viel Geld in Familienpolitik. Andere Länder erreichen mit nicht mehr Geld mehr Wirkung. Was uns fehlt, ist eine Übersicht über die Ziele und die Wirkungen der vielen Einzelleistungen, die der Staat gibt. Deshalb setzt sich die Kommission dafür ein, dass das System der vielen Förderleistungen für Familien sortiert, analysiert und auf seine Wirksamkeit hin überprüft wird – damit wir eine belastbare Basis für die familienpolitischen Investitionen haben und sie von Zersplitterung und Widersprüchlichkeiten befreien können. Dabei ist es uns wichtig, die Leistungen zu konzentrieren, und zwar auf der einen Seite auf die frühkindliche Bildung und auf der anderen Seite auf die Förderung der Mehrkindfamilie. Wir wollen in den Familien wieder mehr Kinder haben. Darauf müssen wir uns konzentrieren.

(Teilweise Beifall)

Das zweite Entscheidende ist: Familie braucht Zeit. Kinder fordern zu Recht ihre Eltern. Kinder brauchen die Mutter, aber Kinder brauchen genauso den Vater.

(Teilweise Beifall)

Wir wollen deshalb den Vätern Mut machen, ihre Vaterrolle breit zu leben. Auch die Wirtschaft muss hier ihren Beitrag leisten. Ein Vater, der Kinderzeit gleich hoch wertet wie Arbeitszeit, ist kein Weichei – dieser Vater ist ein Trendsetter!

(Teilweise Beifall)

Kinder brauchen auch andere Kinder. Der Raum dafür ist heute nicht mehr selbstverständlich die Großfamilie mit vielen Geschwistern. Der Raum dafür ist auch nicht mehr selbstverständlich der Raum mit Vettern und Cousinen oder, dass viele Gleichaltrige in einer Straße zusammen leben. Der Raum dafür ist heute die Spielgruppe, die Tagespflege, der Kindergarten, die Schule. Da treffen Kinder andere Kinder. Wir wissen, dass heute von den Fünfjährigen jedes dritte Kind ohne Geschwister aufwächst. Dann wird der gemeinsame Raum, den wir Kindergarten nennen, ein unendlich wichtiger Raum für Kinder, andere Kinder zu treffen. Wir wissen, dass heute jedes dritte Kind unter sechs Jahren einen Migrationshintergrund hat. Dann sind doch die Jahre vor der Schule die entscheidende Zeit für diese Kinder, unsere Sprache zu lernen. Wenn zu Hause kein Deutsch gesprochen oder überhaupt wenig gesprochen wird – dass eine solche Sprachlosigkeit in Elternhäusern herrscht, betrifft schon lange nicht mehr nur Familien mit Migrationshintergrund –, dann kommt es auf die Zeit vor der Schule an. Nur dann können die Kinder in der Schule mitreden. Wer am ersten Schultag die Lehrerin oder den Lehrer nicht versteht, hat auch bei Lesen, Schreiben und Rechnen keine Chance mitzureden. Deshalb fordert dieser Antrag einen verbindlichen Sprachtest für alle Vierjährigen in unserem Land.

(Teilweise Beifall)

Ich will ganz klar sagen: Bei den Kindern, die den Sprachstand von Vierjährigen haben, braucht sich der Staat überhaupt nicht einzumischen. Doch wenn ein vierjähriges Kind den Sprachstand eines zweijährigen oder eines dreijährigen Kindes hat, muss es den Anschluss finden. Das heißt, wir brauchen konsequente Sprachförderung – bis das Kind in der Sprachwelt seiner Altersgenossen sicher angekommen ist. Das ist inzwischen eine gemeinsame Pflicht unseres Landes: dafür

zu sorgen, dass jedes Kind in der Schule vom ersten Tag an versteht, was gesagt wird, und mitreden kann.

(Teilweise Beifall)

Dafür brauchen wir eine bessere Verzahnung von Kindergarten und Grundschule. Wir brauchen eine systematische Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher, und wir brauchen übergreifende Bildungspläne in allen Bundesländern. In dem Antrag heißt es auch, dass die Eltern angesichts der wachsenden Bedeutung der frühkindlichen Bildung und Erziehung bei den Kosten für Kindergartenplätze entlastet werden müssen. Wir denken, in Deutschland steht die Bildungsfinanzierung auf dem Kopf: Der Staat legt sich mächtig ins Zeug für die Universitäten; hier haben wir im internationalen Vergleich den höchsten Finanzierungsanteil. Doch er finanziert im internationalen Vergleich anteilig am allerwenigsten bei den Kleinsten. Dabei kommt es auf den Anfang an! In unserem Land tragen die Eltern ein Viertel der Kindergartenkosten. Wir sagen: Bei den Kleinsten sollten wir uns, sollte sich die öffentliche Hand konsequent ins Zeug legen. Denn da öffnet sich das Tor zu Bildung. Aus gutem Grund haben wir eines Tages das Schulgeld abgeschafft. Nun müssen wir gemeinsam darüber diskutieren, wie wir die Eltern am Anfang des Lebens von Kindern von Kindergartenbeiträgen entlasten.

(Teilweise Beifall)

Ich kenne das Argument, die sozial Schwachen zahlten ja gar nichts, sie erhielten wirtschaftliche Jugendhilfe. Ja, das ist richtig.

Aber die Beitragspflicht setzt schon relativ früh bei kleinen Einkommen ein. Ich will nur ein Beispiel nennen. Ein Fahrer in einem Bundesministerium muss bei seiner Einkommensklasse bereits Kindergartenbeiträge zahlen. Ich kenne eine Familie mit sechs Kindern; diese Eltern zahlen in dieser Einkommensklasse schon Beiträge und sagen dann gegebenenfalls: Da können wir uns nicht leisten. Erst wenn die Kinder in die Schule kommen, können wir die öffentliche Bildungsfinanzierung des Staates in Anspruch nehmen.

Wir müssen bedenken, dass die Mär von den Besserverdienenden in der richtigen Relation gesehen werden muss. Was sind das denn für Eltern? Eltern kleiner Kinder stehen ganz am Anfang ihrer Berufslaufbahn. Sie haben noch geringe Löhne und Einkommen. Sie haben kein Vermögen, das sie im Laufe der Zeit in irgendeiner Form anlegen konnten. Genau zu diesem Zeitpunkt brauchen aber die Kinder im Kindergarten die Öffnung des Tores zur Bildung.

Deshalb treten wir in diesem Antrag dafür ein, dass wir mittelfristig den beitragsfreien Kindergarten schaffen, mit einer soliden und nachhaltigen Finanzierung, die nicht einseitig zulasten der Kommunen geht, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wir haben eine Chance, das zu finanzieren. Die Chance erwächst aus einer bitteren Tatsache: Durch den demographischen Wandel haben wir rückläufige Schülerzahlen. Deshalb werden Bildungsmittel frei. Bis 2020 summiert sich dieses demographiebedingte so genannte freie Geld auf mehr als 60 Milliarden Euro.

Das Entscheidende ist, meine Damen und Herren: Jede Bildungspolitikerin, jeder Familienpolitiker in jedem Stadtrat, in jedem Kreisrat, in jedem Landtag und in der Bundespolitik muss dafür sorgen, dass dieses Geld weiter in den Ausbau und die Qualität von Bildung investiert und eben nicht für Autobahnen, Kreisverkehre oder Ampelanlagen abgezweigt wird. Bildung muss hier Vorfahrt haben!

(Beifall)

Die Kommission hat gut ein Drittel dem Thema parallele Kinderwelten gewidmet. Es gibt Kinder, die umsorgende, liebevolle und engagierte Eltern haben. Sie sind in unserem Land in der großen Mehrheit.

(Beifall)

Ich finde, das ist in der Tat einen Applaus wert.

Daneben wachsen aber auch Kinder auf, die überbehütet sind und daran gehindert werden, eigene Erfahrungen bei der Bewältigung von Problemen oder Hindernissen zu machen. Sie finden nicht genügend Freiräume, um ihre eigene Kreativität zu entfalten. Sie erleben das, was wir eine Transportkindheit oder Terminkindheit nennen.

Eine weitere Gruppe von Kindern erfährt gar keine oder viel zu wenig Aufmerksamkeit und Zuwendung. Das sind die Kinder, die von Anfang an auf der Schattenseite des Lebens geboren werden. In ihren Familien gibt es viele Probleme: Sozialhilfebezug über Generationen, Gewalt, Alkohol, Drogen, zunehmende Isolation. Diese Kinder sind weitgehend auf sich allein gestellt. Sie kennen keine Zuwendung. Sie kennen keine Aufmerksamkeit. Sie erleiden Gewalt. Sie leiden an Hunger. Sie erleiden Vernachlässigung und Misshandlung. Diese Kinder verkümmern am Lebensanfang, weil sie nicht den Hauch einer Chance haben, am Anfang alle vorhandenen Potenziale zu entfalten und zu einer freien Persönlichkeit heranzuwachsen. Meine Damen und Herren, hier ist der Staat im Rahmen seines Wächteramtes verpflichtet, hinzuschauen und früher als bisher einzugreifen.

(Beifall)

Wir wissen aus der Forschung, wie wichtig gute, stabile Beziehungen gerade in den ersten Lebensjahren der Kinder sind und wie wichtig Struktur im Alltag der Kinder ist. In diesen Jahren werden auch die Weichen gestellt für das, was Neugierde, Vertrauen und Zuversicht ist, oder aber für Verschlossenheit, Aggression und Angst von Kindern. Wenn die Eltern in dieser Zeit völlig überfordert sind, dann müssen wir die Hilfe zu den Kindern bringen, und zwar von Anfang an.

Deshalb beschreibt dieser Antrag ein enges Hilfenetz, das die Kinder nicht mehr aus den Augen lässt, ein Netz von Hebammen und Geburtskliniken, Ärztinnen und Ärzten, Sozialarbeitern in der Kinder- und Jugendhilfe, Erzieherinnen im Kindergarten und später die Lehrerinnen und Lehrer in der Schule. Das heißt, es ist ein Netzwerk aus verlässlicher Hilfe, das ganz früh von Anfang an zum Tragen kommt.

Das Wichtigste dabei ist, wie wir den Zugang zu diesen Familien finden. Ich denke, ganz am Anfang, wenn ein Kind geboren wird, dann wollen die allermeisten jungen Eltern gute Eltern sein. Aber manche sind eben so mit den eigenen Problemen überfordert – ich nenne nur die Stichworte Teenagerschwangerschaft oder innerfamiliäre Gewalt – dass sich daraus ganz schnell ein Teufelskreis von Isolation und Aggression ergibt, der sich dann gegen die Kinder entwickelt.

Wir wissen, dass diese Risiken nicht aus dem Nichts auftauchen. Wir können die Signale früher aufnehmen. Deshalb sagen wir in diesem Antrag ganz deutlich: Jeder in diesem Bereich investierte Euro ist ein klug investierter Euro. Er zahlt sich im Leben der Kinder später drei- oder vierfach aus.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, es wird in diesem Zusammenhang häufig gefordert, die ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen im Kindesalter zu einer gesetzlichen Pflicht zu machen. Wir sind uns alle einig, dass es unser gemeinsames Ziel und auch unsere Pflicht ist, die 2 oder 3 Prozent der Kinder zu finden, die nicht zur Vorsorgeuntersuchung gebracht werden und die misshandelt oder vernachlässigt werden oder verwaisten.

Aber wir haben nach langen Abwägungsprozessen auch gesagt: Dazu brauchen wir nicht 100 Prozent aller Eltern unter Generalverdacht zu stellen, sie könnten ihre Kinder vernachlässigen, und deshalb alle einem gesetzlichen Zwang zur Vorsorgeuntersuchung zu unterstellen. Abgesehen davon, meine Damen und Herren, dass dieses hundertprozentige Vorgehen, für alle Eltern unter dem Verdacht der Misshandlung die gesetzliche Pflicht einzuführen, einen schweren Konflikt mit Art. 6 des Grundgesetzes mit sich bringt. Art. 6 des Grundgesetzes ist ein klares Abwehrrecht der Eltern gegen übermäßige Eingriffe des Staates in ihre Erziehungshoheit.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist ein kostbares Rechtsgut, das wir abwägen müssen.

Deshalb sind wir zu dem Schluss gekommen – wir sind uns, wie gesagt, im Ziel einig; fraglich ist die Wahl der Mittel -: Es ist richtig, ein Gesetz zu schaffen, das alle Eltern unter Zwang stellt, oder – was wir vorschlagen – ein Einladewesen zu schaffen, das Klarheit bringt. Deshalb freue ich mich, dass das Saarland jetzt eine eigene landesgesetzliche Regelung diskutiert und dass auch der Landkreis Emsland jetzt einen ähnlichen pragmatischen Weg probiert. Sie sagen nämlich: Die Kinderärzte können monatlich nur melden, wer da war. Nichts anderes, nur das. Die Melderegister wissen dann von Monat zu Monat, welche Kinder und Eltern sie noch einmal auffordern müssen. Bei sehr vielen, die in diesem Zeitraum nicht bei der Vorsorgeuntersuchung waren, sind völlig harmlose Gründe im Spiel. Aber bei denen, die Hilfe brauchen, kann man dann das Jugendamt gezielt einschalten und das Jugendamt kann auch einschreiten. Dann ist es eben nicht mehr die Vorsorgeuntersuchung, die noch nötig ist, sondern was gebraucht wird, ist ein ganzes Bündel an Maßnahmen, dass dann aber gleich an der richtigen Stelle in Gang gesetzt werden kann.

Mehr noch, meine Damen und Herren: Die Kinderärzte geraten dann nicht in den Konflikt, das Wächteramt des Staates übernehmen zu müssen. Ich denke, wir wiegen uns in einer falschen Sicherheit, wenn wir uns zu sehr auf die gesetzliche Pflicht zur Untersuchung verlassen. Das sind neun oder zehn Stichtagsuntersuchungen in fünf Jahren. Es kommt aber auf den Alltag der Kinder dazwischen an. Mir sagen die Kinderärzte, dass die kritischen Eltern – das sind wenige – eben 14 Tage vor der Untersuchung die Kinder nicht mehr schlagen, damit sie keine blauen Flecken haben. Dann merkt der Arzt nichts. Am Tag danach gehen die Schläge wieder los.

Wir haben es beim Fall Kevin in Bremen gesehen: Der Letzte, der das Kind lebend gesehen hat, war ein Kinderarzt, der in dieser Situation richtig gehandelt hat. Wir dürfen bei der Diskussion über die gesetzliche Pflicht zu Vorsorgeuntersuchungen nicht den Alltag der Kinder dazwischen vergessen. Auf diesen Alltag der Kinder kommt es ganz entscheidend an.

Wir müssen über das Einladewesen einen klugen Weg entwickeln, diese Kinder verlässlich zu finden und dann Hilfe zu ihnen zu bringen.

(Beifall)

Schließlich und endlich, meine Damen und Herren: Wenn wir von den Halt gebenden Netzen um die Familien sprechen, müssen wir auch einen Blick auf die ältere Generation werfen. Ja, es gab noch nie so viele ältere Menschen in unserem Lande. Sie sind auch noch nie so gesund und noch nie so gut ausgebildet gewesen wie heute. Sie haben Zeit, sie haben Ressourcen. Viele von ihnen wollen auch mehr einbringen, mehr geben als bisher.

Das heißt, unsere Aufgabe ist es, den Raum und die Strukturen zu schaffen, dass dies auch stattfinden kann. Entscheidend ist – auch das beschreibt der Antrag -, dass wir Strukturen schaffen, dass der Kreislauf des Nehmens und Gebens zwischen den Generationen wieder möglich ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Vieles hat sich verändert. Das beschreibt der Antrag in seiner Vielfältigkeit. Kinder wachsen in ganz unterschiedlichen Welten auf. Väter wie Mütter sind gefordert, Zeit und Kraft in die tägliche Erziehung zu geben. Der Zusammenhalt der Generationen wird zu der entscheidenden Frage der Zukunft werden.

Wir haben gesagt: Das darf kein Grund zur Sorge sein. In der Veränderung liegt auch die Chance, dass wir neue Wege finden, wie Familie und ihre Werte in einem ganz modernen Kontext im 21. Jahrhundert gelebt werden können.

Zu allen Zeiten, meine Damen und Herren, galt Kinderreichtum als Anzeichen für Prosperität, für Lebensfreude. Wir brauchen Kinder auch wieder als Ausdruck von Zuversicht und Vertrauen in die Zukunft. Wenn Kinder in Deutschland nicht zum Gegenstand von Vorwürfen, sondern von Respekt und Freude werden, wenn Kinder von Anfang an das Leben als eine Entdeckerwerkstatt neugierig erkunden können, vertrauensvoll lernen, dass Lernen faszinierend sein kann, wenn sie beziehungsatt aufwachsen und nicht verkümmern, dann, meine Damen und Herren, sind wir auf

einem guten Weg zu einem wirklich kinderfreundlichen Land. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)